

ETH-Rektor: «Unsere Hochschulen werden sich an das US-System angleichen»

Kritik an Keller-Sutters Plänen Der Bund will pro Jahr 460 Millionen Franken weniger in die Bildung investieren. Die ETH ist besorgt.

Das Geld ist beim Bund knapp – darum hat Finanzministerin Karin Keller-Sutter ein «Entlastungspaket» schnüren lassen. Mit Folgen für die Schweizer Unis: Ab 2027 soll der Bereich Bildung jährlich 460 Millionen Franken sparen. Rund 200 Millionen sollen die Studierenden übernehmen, und zwar durch höhere Semestergebühren.

Der Bund schlägt vor, die Gebühren für inländische Studierende zu verdoppeln und für ausländische Studierende zu vervierfachen, um eine Budgetkürzung zu finanzieren. ETH-Rektor Günther Dissertori sieht dabei einige Schwierigkeiten. Im Vorschlag seien etwa die Doktorierenden eingerechnet, obwohl diese gar keine Gebühren bezahlen.

Wie bereits beschlossen, werden die Studiengebühren ab Herbst für ausländische Studierende gegenüber den inländischen Studierenden verdreifacht. Beim Vorschlag des Entlastungspakets würden auch die Gebühren für inländische Studierende von heute 1460 auf 3180 Franken steigen.

«Erster Schritt in Richtung Privatisierung»

Wenn sich die Schweiz im Rahmen der bilateralen Verhandlungen verpflichtet, die Studierenden aus dem EU-Raum gleich zu behandeln, könnten sich die Gebühren gar auf 3800 Franken erhöhen. «Für Familien, in denen vielleicht sogar mehrere Kinder studieren, könnte das zu einer

erheblichen finanziellen Belastung werden», so Dissertori.

Für ausländische Studierende aus Drittstaaten fällt die Erhöhung noch stärker ins Gewicht. Sie würden künftig mit 11'400 Franken pro Jahr siebenmal mehr zahlen als heute. Das betrifft an der ETH rund 40 Prozent der Studierenden. Bei der EPFL, dem Westschweizer Pendant in Lausanne, sind es sogar 60 Prozent.

Dissertori spricht von einem «Paradigmenwechsel». Der ETH-Rektor meint besorgt: «Die Massnahme ist ein erster Schritt in Richtung Privatisierung des Bildungssystems.» Für Dissertori ist klar: Ein solch weitgehender Entscheid müsse im Rahmen einer breiten gesellschaftlichen Debatte

gefällt und nicht aufgrund einer kurzfristigen Sparübung entschieden werden.

Denn die Einführung höherer Gebühren habe weitreichende Folgen. «Unsere Hochschulen würden sich früher oder später an das US-System angleichen», so Dissertori. Wenn Studierende so viel für ihre Ausbildung zahl-



«Paradigmenwechsel»: Rektor Günther Dissertori. Foto: Keystone

ten, würden sie auch erwarten, ein Diplom zu erhalten. Damit könnte die Leistungsbereitschaft der Studierenden sinken. «Sie werden zu Kunden und Kundinnen – und die Hochschule gerät in eine Bringschuld.» Das schwäche das hohe Engagement, welches die ETH-Studierenden heute aufbrächten.

Will die ETH den Plänen des Bundes gerecht werden, muss sie insgesamt 78 Millionen Franken einsparen. Da die Hochschule auch von geplanten Kürzungen beim Schweizerischen Nationalfonds, bei der Innosuisse sowie in weiteren Bereichen betroffen ist, würden insgesamt bis zu 125 Millionen Franken fehlen. Die Kürzung der ETH-Gelder kann der Bundesrat bereits 2026 ein-

führen. Der Vorschlag muss aber noch vom Parlament bestätigt werden.

Aktuell machen die Studiengebühren fünf Prozent der Lebenshaltungskosten der ETH-Studierenden aus. Diese Zahl würde sich künftig erheblich erhöhen. Für die Schweizer Studierenden würden die Gebühren dann zwölf Prozent ausmachen, für die ausländischen sogar dreissig Prozent. ETH-Präsident Joël Mesot sagt: «Dies wäre nicht im Sinne der Chancengleichheit. Wir möchten schliesslich verhindern, dass sich nur noch Studierende aus gut verdienenden Familien ein Studium bei uns leisten können.»

Simone Steiner